

Ihre Gesprächspartner:

Andreas Stangl

Martin Oppenauer, BA

Präsident der AK Oberösterreich

Sozialforscher, IFES

**AK Oberösterreich in Kooperation mit IFES**

**AK Wohnzufriedenheitsindex:  
Teures Wohnen belastet Menschen  
in Oberösterreich – AK fordert Maßnahmen  
bei der Wohnbeihilfe**

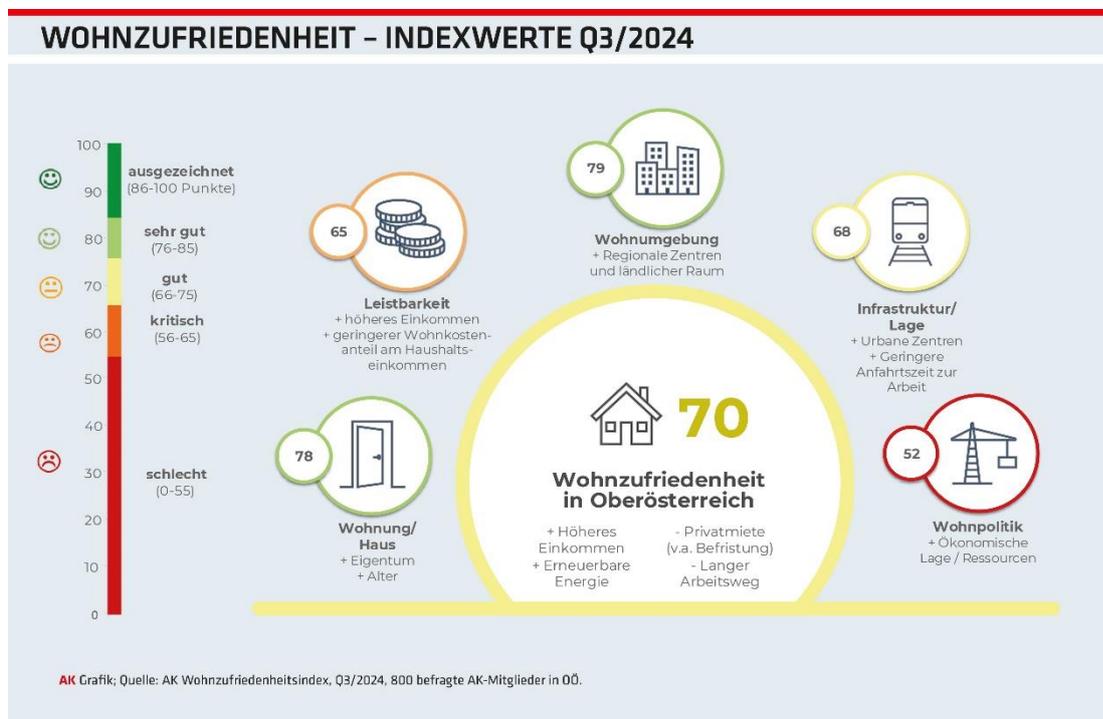
Pressekonferenz

am Montag, 14. Oktober 2024, 10 Uhr

Arbeiterkammer Linz

Leistbares Wohnen ist ein Grundbedürfnis. Der AK Wohnzufriedenheitsindex informiert über Herausforderungen und Bedarfe rund ums Thema Wohnen. Fakt ist: Wohnen wird in Oberösterreich immer teurer. Das spüren besonders Arbeitnehmer:innen mit nur geringen finanziellen Mitteln. Die aktuelle Erhebung liefert Informationen darüber, wie es aktuell um die Leistbarkeit des Wohnens generell bestellt ist, wie wenig treffsicher die Wohnbeihilfe ist und wie es im Speziellen Alleinerziehenden und Studierenden geht. Dabei zeigt sich, dass sowohl bei der Zahl der Beziehenden als auch bei der Höhe der Wohnbeihilfe Verbesserungspotenzial besteht. Die AK Vorschläge für die Wohnbeihilfe liegen auf dem Tisch.

Der Gesamt-Indexwert des AK Wohnzufriedenheitsindex liegt im dritten Quartal 2024 bei 70 Punkten, wobei die Werte auf einer Skala von 0 (negativ) bis 100 (positiv) eingeordnet werden. Er hat sich somit im Vergleich zum Jahr 2023 um einen Punkt verbessert. Im Vergleich zum zweiten Quartal 2024 zeigt sich, dass die Wohnzufriedenheit in den Bereichen „Leistbarkeit“ und „Wohnpolitik“ zwar leicht gestiegen ist. Dennoch sind die Werte im Gesamten auf einem niedrigen Niveau und es besteht nach wie vor Spielraum nach oben.



Basis für die folgende Auswertung des AK Wohnzufriedenheitsindex sind Daten aus dem dritten Quartal 2024. Insgesamt befragte das Institut für empirische Sozialforschung (IFES) 800 Personen telefonisch und online (CATI-CAWI-Mixed-Mode) im Juli 2024 repräsentativ für die Mitglieder der AK Oberösterreich und somit für die unselbständig Beschäftigten in Oberösterreich.

### **Wie hat sich die Leistbarkeit im Bereich Wohnen entwickelt?**

Vielen Menschen machen die hohen Wohnkosten in Oberösterreich weiterhin zu schaffen. Zwar hat sich der Indexwert bei „Leistbarkeit“ im Wohnzufriedenheitsindex um zwei Punkte gegenüber dem zweiten Quartal verbessert und liegt nun bei 65 Punkten. Dennoch beurteilen mehr als die Hälfte der unselbständig Beschäftigten in Oberösterreich die Leistbarkeit ihrer Wohnsituation als kritisch oder schlecht. Auch die finanzielle Belastung durch Energie ist weiterhin hoch.

### **Wer kann sich die Wohnung in OÖ aktuell kaum leisten?**

Menschen mit einem Einkommen von unter 1.350 Euro pro Monat stehen bei den Wohnkosten besonders unter Druck: Acht von zehn AK-Mitgliedern bewerten die Leistbarkeit ihrer Wohnsituation als kritisch oder sogar schlecht. Besonders belastet sind jene, die aktuell Erwerbsarbeit suchen oder in Karenz sind, die Teilzeit arbeiten oder noch keine 30 Jahre alt sind. Besonders sie sind auf finanzielle Unterstützung angewiesen, um das Grundbedürfnis Wohnen befriedigen zu können.

### **Bekommt jeder und jede Wohnbeihilfe, der oder die sie braucht?**

Die Wohnbeihilfe soll Menschen mit niedrigem Einkommen die Folgen der Teuerung abfedern und leistbares Wohnen ermöglichen. Jedoch erfüllt sie ihren Zweck nicht immer. So zeigt eine aktuelle Anfrage im OÖ Landtag, dass im 1. Halbjahr 2024 genau 18.486 Ansuchen auf Wohnbeihilfe gestellt wurden. Davon wurden jedoch rund 20 Prozent (3.678) abgelehnt. Rund 44 Prozent der Anträge deshalb, weil Unterlagen gefehlt haben, etwa 23 Prozent, weil das Einkommen zu hoch war, und rund 14 Prozent, weil der „anrechenbare Wohnaufwand“ (aktuell bei 8 Euro Hauptmietzins pro Quadratmeter inkl. USt, exklusive Betriebskosten) überschritten wurde.

Ein ähnliches Bild zeigen die Ergebnisse aus dem Wohnzufriedenheitsindex: Während 2023 jede:r zehnte Mieter:in in Oberösterreich angegeben hat, Wohnbeihilfe zu beziehen, beträgt dieser Anteil 2024 in den ersten drei Quartalen nur noch sieben

Prozent. Bei jenen Menschen, die maximal 1.350 Euro netto pro Monat zur Verfügung haben, ist der Anteil der Wohnbeihilfenbeziehenden von 28 Prozent (2023) auf 21 Prozent gesunken. Das, obwohl der Anteil dieses relativ prekären Einkommensegments innerhalb der Mieter:innen seit 2023 bei konstant 27 bis 28 Prozent liegt.

### **Wie sieht die Wohnbeihilfe-Situation bei Alleinerziehenden aus?**

Knapp die Hälfte der Alleinerziehenden und ihre Kinder sind laut EU-SILC (European Community Statistics on Income and Living Conditions) von Armut bedroht. Besonders für sie ist effektive finanzielle Unterstützung beim Wohnen notwendig. Im ersten Halbjahr 2024 bezogen im Durchschnitt 4.492 Alleinerziehende Wohnbeihilfe in Oberösterreich. Das sind rund 20 Prozent der Gesamtzahl an Wohnbeihilfenbeziehenden im ersten Halbjahr 2024 (durchschnittlich 22.585). Die durchschnittlich ausbezahlte Wohnbeihilfe pro Haushalt im ersten Halbjahr 2024 beträgt bei Haushalten mit einem Erwachsenen und einem oder mehreren Kindern rund 237 Euro. Das ergab eine aktuelle Anfrage im OÖ Landtag. Aus Sicht der AK muss dem Land Oberösterreich daran gelegen sein, sowohl die Zahl der Beziehenden als auch die Höhe der monatlichen Wohnbeihilfe zu erhöhen.

### **Wie sieht die Wohnbeihilfe-Situation bei Studierenden aus?**

Eine Anfrage im OÖ Landtag ergab: Nur 379 Studierende bezogen im ersten Halbjahr 2024 Wohnbeihilfe. Das sind nur knapp zwei Prozent aller Beziehenden. In Anbetracht, dass von den 379 Studierenden, die Wohnbeihilfe beziehen, rund 25 Prozent ein Einkommen unter der Geringfügigkeitsgrenze haben und rund 44 Prozent Studienbeihilfe bezogen, sieht die AK auch hier durchaus Potential für Verbesserungen durch das Land Oberösterreich.

### **Holen sich alle Menschen die Wohnbeihilfe, die ihnen zustehen würde?**

Der geringe Anteil an Wohnbeihilfe-Beziehenden unter den Alleinerziehenden und Studierenden und die hohen Ablehnungszahlen bei der Wohnbeihilfe liegen aus Sicht der AK sowohl an bürokratischen Hürden als auch an Einkommens- und Quadratmeterpreisgrenzen fernab der Realität. Dazu kommt, dass rund ein Drittel der Haushalte, die Anspruch auf Wohnbeihilfe hätten, erst gar keinen Antrag stellen. Zu diesem Ergebnis kommt eine Studie des Zentrums für Europäische Wohlfahrtspolitik.

## **Vorschläge der AK für eine wirksame Wohnbeihilfe**

Damit mehr Menschen mit niedrigem Einkommen mit Hilfe der Wohnbeihilfe ihr Wohnbedürfnis sichern können, fordert die AK: Die Landesregierung muss die Wohnbeihilfe ohne Verzug an die Realität anpassen. Das sieht auch eine überwältigende Mehrheit von 84 Prozent der AK-Mitglieder in Oberösterreich so. Auch sie wollen, dass mit der Wohnbeihilfe Menschen mit niedrigem Einkommen bei den Kosten für Wohnen unterstützt werden sollen. Die AK Oberösterreich fordert dazu:

- Zugangswege anpassen: Die Wohnbeihilfe kann in Oberösterreich auch im Jahr 2024 nicht online beantragt werden. Die AK fordert eine kundenfreundliche Möglichkeit, die Wohnbeihilfe digital vorauszuberechnen und beantragen zu können. Zusätzlich soll die Zahl der einzureichenden Unterlagen reduziert werden.

Die Forderungen der AK finden großen Rückhalt bei den unselbständig Beschäftigten in Oberösterreich: Rund neun von zehn Befragten (87 Prozent) stimmen der Aussage eher oder sehr zu, dass Anspruch und Höhe der Wohnbeihilfe online bereits vorab geprüft werden können sollen (ähnlich wie bei der Arbeitnehmerveranlagung via FinanzOnline). 83 Prozent befürworten die Möglichkeit, Anträge online zu stellen. 85 Prozent sind der Meinung, die Wohnbeihilfe solle „rasch und unkompliziert“ beantragt werden können.

- Rechtsmittel anpassen: Wird der Antrag auf Wohnbeihilfe abgelehnt, so kann in Oberösterreich kein Rechtsmittel eingelegt werden. Die AK fordert, einen Rechtsanspruch auf die Wohnbeihilfe auch in Oberösterreich einzuführen – so wie es ihn bereits in Wien gibt.

Auch diese Forderung der AK findet großen Rückhalt bei den unselbständig Beschäftigten in Oberösterreich: 71 Prozent befürworten einen Rechtsanspruch auf Wohnbeihilfe für Beziehende:innen niedriger Einkommen.

- Maximal anrechenbaren Wohnaufwand anpassen: Die Berechnung der Wohnbeihilfe ist in Oberösterreich an einen anrechenbaren Wohnaufwand von 3,7 Euro (ohne Betriebskosten) pro Quadratmeter geknüpft. Die AK fordert, den maximal anrechenbaren Wohnaufwand auf 5 Euro pro

Quadratmeter anzuheben.

- Quadratmeterpreisdeckel anpassen: Die Wohnbeihilfe ist in Oberösterreich an einen Hauptmietzins von höchstens 8 Euro pro Quadratmeter (inklusive USt., jedoch ohne Betriebskosten) geknüpft. Die AK fordert, diesen Quadratmeterpreisdeckel auf 10 Euro anzuheben.
- Quadratmeteranzahl pro Person anpassen: Die Wohnbeihilfe ist in Oberösterreich an eine Quadratmeterzahl von 45 (bei einer Person) beziehungsweise 60 Quadratmeter (bei zwei Personen) geknüpft. In Wien, Niederösterreich und dem Burgenland sind es 50 bzw. 70 Quadratmeter. Die AK fordert, die angemessene Wohnnutzfläche in Oberösterreich entsprechend anzupassen.
- Deckelung anpassen: Die Wohnbeihilfe ist in Oberösterreich in der Höhe gedeckelt und liegt aktuell bei maximal 300 Euro. Die AK fordert, den Wert auf 400 Euro anzuheben und ihn regelmäßig an die Inflation anzupassen.

Schließlich müssen auch die finanziell-strukturellen Voraussetzungen für einen Ausbau der Wohnbeihilfe geschaffen werden. Die AK fordert deutlich mehr Budget für die Wohnbeihilfe. Hintergrund: 2013 wurden noch insgesamt 72,2 Millionen Euro an Wohnbeihilfe an alle Beziehenden ausgeschüttet. 2023 waren es um 18,5 Millionen Euro weniger. Das entspricht einem Rückgang um circa 26 Prozent.

---

**Hinweis:** Ausführliche Informationen zur Wohnbeihilfe und zu den Vorschlägen der AK Oberösterreich bietet die neuen AK-Broschüre „OÖ Wohnbeihilfe: Ideen & Forderungen für leistbares Wohnen in Oberösterreich“. Sie steht zum Download unter [ooe.arbeiterkammer.at/wohnbeihilfe](https://ooe.arbeiterkammer.at/wohnbeihilfe) bereit.